

Der Oberbürgermeister



Stadt Köln

Dezernat IV
Dezernat für Bildung, Jugend und Sport

Stadthaus Deutz - Westgebäude
 Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
 Auskunft Frau Werning-Gyoerkoe, Zimmer 16D63b
 Telefon 0221 221-25202, Telefax 0221 221-22673
 E-Mail Schuldezernat@stadt-koeln.de
 Internet www.stadt-koeln.de

Sprechzeiten
 nach Vereinbarung

KVB Stadtbahn Linien 1, 3, 4, 9
 Bus Linien 150, 153, 156
 S-Bahn Linien S6, S11, S12, S13 sowie RE-/RB- und Fernverkehr
 Haltestelle Bf. Deutz/Messe LANXESS arena

0004

Stadt Köln - Dezernat IV
 Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Städtetag NRW
 Gereonsstraße 18-32
 z.Hd. Herrn Blocher

50670 Köln

Ihr Schreiben

Mein Zeichen

Datum

IV We

25.08.2011

Referentenentwurf eines "Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften"

Sehr geehrter Herr Blocher,

mit Schreiben vom 28.07.11 bitten Sie um Stellungnahme bis zum 29.8.11 zum o.g. Referentenentwurf. Dieser Bitte komme ich gerne nach.

Die Stadt Köln begrüßt den Entwurf zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen. Erstmals wird in den allgemeinen Ausführungen zum Gesetz das Thema Integration als gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsprozess beschrieben, an dem alle Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens beteiligt sind. Durch die Gestaltung des Gesetzes als Artikelgesetz und der damit verbundenen Anpassung aller diesbezüglich relevanten Gesetze wird dem Querschnittcharakter von Integration in angemessener Weise Rechnung getragen.

Die in Teil 1 des Entwurfs genannten allgemeinen Bestimmungen zu Grundsätzen, Verwirklichung der Ziele und Begriffsbestimmungen, werden ausdrücklich befürwortet.

Die in Teil 2 beschriebenen Aufgaben des Landes, insbesondere der Ausbau der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) zu kommunalen Integrationszentren, finden grundsätzlich die Zustimmung der Stadt Köln. In diesem Zusammenhang sind jedoch zwei Aspekte zu beachten:

1. Es ist zu unterscheiden zwischen Kommunen, die bislang über keine Struktur der Integrationsarbeit verfügen, und solche, die bereits bewährte Strukturen aufgebaut haben. Für erstgenannte Kommunen kann das beschriebene Förderangebot sinnvoll sein. Köln verfügt bereits über eine ausdifferenzierte Struktur, es beschäftigen sich neben der RAA unter anderem die Integrationsbeauftragte und die Antidiskriminierungsbeauftragte mit der im Gesetz beschriebenen „vorausschauenden, aktivieren-

Seite 2

den und unterstützenden Integrationspolitik“. Das Gesetz sollte Kommunen wie Köln die Möglichkeit geben, diese Struktur optimal zu nutzen.

2. Die im Gesetzesentwurf genannte Förderung sieht eine Förderung der kommunalen Integrationszentren unabhängig von der Größe der Kommune vor. Die beschriebenen Aufgaben beziehen sich jedoch eindeutig auf unterschiedliche Größen: Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ist in den Kommunen in NRW ebenso unterschiedlich wie die entsprechende Zahl der Akteure. Eine quantitativ angemessene Personalausstattung ist hier von elementarer Wichtigkeit. Die Größe der Kommune muss bei der Förderung unbedingt Berücksichtigung finden.

Das in Teil 3 (Aufnahme besonderer Zuwanderergruppen) beschriebene geänderte Verfahren zu Integrationspauschalen (§ 14) wird begrüßt.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

gez. Henriette Reker

(In Vertretung für Dr. Agnes Klein)